

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatthaus“

Schalter-Halle eröffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7105.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatthaus“ Nr. 6950-53.
Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7105.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: Nr. 1.— monatlich, Nr. 6.— vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frangobahn. — Bezugs-Bestellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle Wisimarstraße 19, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Viebrich: die hiesigen Ausgabestellen und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 70 Pf. für örtliche Anzeigen; Nr. 1.— für auswärtige Anzeigen; Nr. 4.— für örtliche Reklamen; Nr. 6.— für auswärtige Reklamen. — Bei wiederholter Aufnahme unentgeltlicher Anzeigen entsprechender Natur. — Anzeigen-Aufnahme: Für beide Ausgaben bis 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 50, Hamburgerstraße 3, IV. Fernsprecher: Ami Rollendorf 4747-49.

Freitag, 30. Januar 1920.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 49. + 68. Jahrgang.

Preußische Landesversammlung.

Drahtbericht des Wiesbadener Tagblatts.
Dz Berlin, 29. Januar.

Zur Verhandlung steht die förmliche Anfrage der Mehrheitspartien über

die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und über die lebenswichtigen Betriebe. Verbunden damit wird die förmliche Anfrage der Sozialdemokraten über die Schließung der Eisenbahnwerkstätten und die der U. S. über die Wiedereröffnung der geschlossenen Eisenbahnwerkstätten sowie über die Aufhebung des Belagerungszustandes.

Abg. Groß-Frankfurt (Soz.) begründet den Antrag der Mehrheitspartien. Welche Maßnahmen sind zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung getroffen? Wenn wie und wieder erhoben sollen, dann muß auf allen Gebieten weit mehr gearbeitet werden als bisher. (Sehr richtig!) Statt dessen sehen wir Streiks und Störung der öffentlichen Ordnung. Vor allem muß für den Schutz der Arbeiter im Bergbau und in den Eisenbahnbetrieben gesorgt werden. Wenn der Sechstundentag durchgeführt werden kann, muß es geschehen aber die Zeit ist jetzt dafür am allerwenigsten geeignet. (Sehr richtig!)

Minister Heine:

Die öffentliche Meinung wird gleich neugierig, wenn sie immer von der Anwendung von Zwangsmahnahmen hört, und die öffentliche Meinung begreift sehr leicht, welches die Anlässe zu den Zwangsmahnahmen sind. Wir haben doch auch den Belagerungszustand meist gleich aufgehoben. Der bei sich die äußerste Unruhe zu diesem Entgegenkommen nicht reich erziehen. Die Führer sind natürlich am weitesten weg, wenn es zum Schließen kommt. (Lebhafte Zustimmung.) Bei der Verhängung des Belagerungszustandes sind die Militärbehörden in gewisser Weise an die Zustimmung der preussischen Regierungskommission gebunden, die ihre Stütze in mir haben. Die Unabhängigen wollten die Regierung diesmal durch einen plötzlichen Schlag überraschen. Der Vorkall am Reichstagsgebäude am 18. Januar war nicht etwa ein plötzlicher Aufstand entstanden, sondern es handelte sich um ein großes planmäßiges Vorgehen. In den Verhaftungen wurde mit gefälligen Unterdrücken operiert, um den Schein zu erwecken, als ob diese die Gewerkschaftskommission die Demonstration. Da zu dieser Zeit kein Belagerungszustand bestand, mußte der Schutz auf die Vorgänge des Hauses beschränkt bleiben. Wollte man eine friedliche Demonstration, dann mußte die Menge, wie man sie hergeführt hatte, wieder zurückgeführt werden. (Sehr richtig!) Das geschah nicht. Es ist klar, daß es auf eine Abrumpelung des Parlaments abgesehen war. Auf Anhaltspunkten steht man, wie auf der Sicherheitslinie eingedrungen wurde; eine Reihe von Übergrößen wurde auf dem Wege zum Haus beschimpft und bespuckt; eine Reihe von Polizeioffizieren wurde aus dem Wagen gerissen und schwer mißhandelt. Das sind friedliche Demonstrationen! Ein Führer, aus dem man die Anführer herausgerissen hätte, wurde sogar mit den Fingern gefaßt. Eine große Zahl der Demonstranten war bewaffnet. In der Osterstraße ist ein großes Waffenlager gefunden worden. Wir mußten die Mittel anwenden, um der bewaffneten Verbrecher Herr zu werden. (Lebhafte Zustimmung.) Es wird auch auffallen, wie viele Unabhängige, die gar nicht Mitglieder des Reichstags sind, sich an jenem Tage auf Grund von gewissen Parteien Einlaß verschafft haben. Ein junger, sich in der Unterredung leinlicher Mann hat gestern geschrieben, daß die Eisenbahnpolizei von ihm und anderen zurückgedrängt und vertrieben und ihre Maschinenwache vernichtet wurden. (Ruf bei den Unabhängigen: Ist das dieselbe Quelle die Sie gegen Ledebour gebrauchten?) Ledebour rükt sich jetzt dessen, was er in der Unterredung festhielt. Er ist nicht mit Unrecht angeklagt, sondern mit Unrecht freigesprochen worden. Die Sicherheitspolizei hat die Maschinenwache nur für einen Augenblick vernichtet. Außerdem sind Schreckschüsse abgegeben worden, durch die mehrere zwei Damen im Tiergarten verunzucht worden sind. Die Schuld kommt auf Sie.

Am 13. sollte die „unmittelbare Aktion“ eintreten.

Es hat sich um Augenblicke gehandelt, daß die Menge nicht in das Parlament eindringt. Es wäre zu einer grausigen Schlacht im Hause gekommen, denn im Hause lagen, der Sicherheit wegen, 200 Soldaten. Das Blut der Opfer schreit gegen Sie zum Himmel. Das macht den Belagerungszustand nötig. Aber auch der Terror in Westfalen fordert Leben. Dort wurde in einer Reihe von Flugblättern zur Anwendung unmittelbarer Gewalt aufgefordert. Unabhängige Agitatoren hetzen zum Generalstreik. (Ruf bei den Unabhängigen: Kennen Sie doch einen!) Das ist doch dieselbe Farsche, die Sie aufstellen. (Sehr richtig!) Das verbängte Verbot über die „Freiheit“ und die „rote Fahne“ muß bestehen bleiben. Es ist Schwindel und Betrug, daß die Maschinenwache 10 Minuten lang in die Menge geschossen hätten. Es sind Sekunden gewesen, sonst wären Tausende der Opfer zu beklagen. Dies Blut ist eine Warnung für die friedliebende Berliner Arbeiterschaft.

Die Arbeiter befinden sich auf ihre Pflicht gegenüber dem Volke und dem Vaterland.

Die Zwangsmahnahmen sind ein Schutz für die Arbeit. Unser Freund Seering in Westfalen ist entschlossen, wenn Entlassungen vorkommen sollten, rücksichtslos vom Standrecht Gebrauch zu machen. (Lärm bei den Unabhängigen.) Eine Prüfung zur Nachprüfung der Zeitungsbeschränkung wird geschaffen werden. Die Dege, die von einem

Teil der rechtsstehenden Blätter gegen den Minister Czajberger inszeniert wurde, geht auch weit über das Maß der erlaubten Kritik hinaus. (Ruf bei den Unabhängigen: Aber keine ist verboten worden!) Kommen solche Verhöhnungen weiter vor, wie wir sie bisher erlebt haben, so ist nicht bloß ein verächtliches Gerächel vorgesehen.

Politisch klüger als die Unabhängigen ist die Rechte trotz allem.

(Sehr richtig!) Nur auf dem Feis der Arbeit kann man den Thron eines neuen Staates errichten. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Hoffmann (U. S.) begründet die Anfrage, betr. die Schließung der Lokomotivwerkstätten in Köln-Rippes und anderen Orten.

Ein Putschversuch auf die Landesversammlung?

Br. Berlin, 29. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Heute mittag liefen bei der Militärbehörde und bei dem Polizeipräsidenten in Berlin Meldungen ein, daß im Laufe des Nachmittags von ausgesperrten Eisenbahnarbeitern und Kriegsbeschädigten der Versuch gemacht werden soll, mit Gewalt in das Abgeordnetenhaus einzudringen und die Sitzung zu sprengen. Daraufhin wurden sofort die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet. An der Ecke der Wilhelm- und Prinz-Abrecht-Straße wurden Drahtverhaue errichtet, der Eingang von der Königgräzer Straße wurde mit etwa 50 Soldaten besetzt. Eine scharfe Kontrolle wurde vorgenommen. Bisher ist es jedoch zu keinerlei Zusammenstößen gekommen.

Standinavische Kredite für Deutschland.

Br. Haag, 29. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Der „Nieuwe Rotterdam Courant“ hört über ein Kreditabkommen, entwerfend dem holländisch-deutschen Abkommen, zwischen Schweden, Dänemark und Deutschland gegenwärtig verhandelt wird. Ferner würde es sich um Gewährung eines von Staat zu Staat gegebenen Kredits auf langjährige Dauer unter Garantie einer deutschen Treuhandschaft handeln, die wahrscheinlich mit der für Holland verbunden sein wird.

Die deutsch-polnische Grenzfeststellung.

Br. Berlin, 29. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Die Kommission zur Feststellung der deutsch-polnischen Grenze nimmt, wie wir von zuverlässiger Stelle hören, Anfang Februar ihre Tätigkeit auf. Die Hauptkommission nimmt ihren Sitz in Bosen. Deutscher Vertreter ist Herr v. Treusler. Unterkommissionen werden in Schneidemühl und Danzig eingeteilt.

Amerikas Europahilfe.

Wz. Washington, 29. Jan. (Drahtbericht.) Präsident Wilson forderte den Staatssekretär für die Finanzen neuerlich auf, daß er sich nochmals an den Kongress wende, damit dieser einen Vorschlag von 150 Millionen Dollar für Polen, Deutsch-Ostpreußen und Armenien bewillige. Der Präsident will es nicht glauben, daß die Vereinigten Staaten nicht imstande wären, dem großen moralischen und materiellen Elend zu steuern.

Amerika und das Adriaproblem.

Wz. Laibach, 29. Jan. (Drahtbericht.) Die „Domovina“ meldet aus Venedig, daß der serbische Ministerpräsident in der Adriaproblematik ablehnte. — Dasselbe Blatt meldet aus Paris, daß die Friedensdelegation der Vereinigten Staaten bei der Entente gegen die Lösung der Adriaproblematik ohne Teilnahme der Vereinigten Staaten protestiert habe.

Um die Auslieferung des Kaisers.

Wz. Amsterdam, 29. Jan. „Daili Express“ meldet, daß der nächste Schritt der Alliierten gegenüber den Niederlanden von größter Bedeutung sein werde. Die niederländische Regierung werde nämlich gefragt werden, ob sie im Hinblick auf die ablehnende Antwort bereit sei, zu gewährleisten, daß sie den vorläufigen Kaiser in den Niederlanden festhalten und ihn dauernd internieren werde, um zu verhindern, daß er nach Deutschland komme, wenn die Lage in Deutschland sich so entwickeln sollte, daß sie dem Kaiser Anlaß gebe, von neuem sein Glück zu versuchen.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Wz. Mannheim, 29. Jan. Heute traf hier im Durchgangslager der erste Kriegsgefangenenzug aus Frankreich ein. Es waren 1052 Mann aus den Kriegsgefangenenkompanien 174 und 500. Sie stammen aus allen Teilen Deutschlands.

Wz. Paris, 28. Jan. (Drahtbericht.) Der Alttransport der deutschen Kriegsgefangenen hat bis jetzt keinerlei Verzögerung erlitten. In den fünf Tagen seit Beginn des Abtransportes sind bereits über 50 000 Mann heimgeschafft worden.

Heimkehrende norddeutsche Kriegsgefangene.

Wz. Ruytenhagen, 29. Jan. (Drahtbericht.) Der holländische Dampfer „Rosau“, der soeben 400 aus Amerika zurückgekehrte Polen nach Danzig beförderte, ging heute nach Rouen ab, um den dort 450 deutsche Kriegsgefangene norddeutscher Herkunft abzuholen, die in den Gefangenenlagern in Algier und Korsika interniert waren. Die Gefangenen werden direkt nach Flensburg und Sonderburg befördert, um noch an den Abstimmung teilnehmen zu können.

Admiral v. Reuter auf dem Wege nach Deutschland.

Wz. London, 29. Jan. (Drahtbericht. Spas.) Die Zeitung „Holt“ meldet, der verantwortliche Urheber der Zerstörung der deutschen Kriegsschiffe von Scapa-Flow, Admiral v. Reuter, der in England interniert war, sei freigelassen worden und befinde sich bereits auf dem Wege nach Deutschland.

Die Bolschewisten in Sibirien.

Wz. Tokio, 28. Jan. (Drahtbericht.) Der Kriegsminister teilt mit, daß die Bolschewisten wiederholt den Bezirk Macurt in Sibirien angegriffen hätten. Japanische Truppen, die an diesen Operationen rein defensiv beteiligt waren, hätten ohne Schwierigkeiten die bolschewistischen Angriffe zurückgewiesen.

Wz. Amsterdam, 29. Jan. Laut „Telegraf“ meldet die „Times“ aus Moskau, daß Gorkow sich in Chargin zum Oberbefehlshaber ausgerufen habe. Polshy wurde ins Gefängnis geworfen. Die Eisenbahnen mit Geld, die sich bei ihm befand, haben die Tschechen in Händen.

Deutschland.

Die preussische Verfassung.

Br. Berlin, 29. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Die Vorlage der neuen preussischen Verfassung dürfte, wie wir hören, nicht vor Mitte Februar erfolgen. Da die Regierung der Landesversammlung den Vorschlag gemacht hat, die Sitzungen in den ersten Februarwochen in Anbetracht auf die Rheinlandreise der Staatsminister zu unterbrechen. Über diesen Vorschlag ist heute die Beschlusfassung des Ministerrates zu erwarten.

Preußen und der thüringische Staat.

Wz. Berlin, 28. Jan. Der Verfassungsausschuß der preussischen Landesversammlung überwies eine Reihe von Petitionen thüringischer Gebiete, die sich gegen die Abtretung an einen etwa zu bildenden Thüringischen Staat wenden, der Regierung zur Berücksichtigung und nahm eine Entschließung an, in der es abgelehnt wird, preussische Gebiete wider ihren Willen von Preußen loszulösen. Dagegen wurde die Regierung aufgefordert, in Verhandlungen einzutreten und zu diesen Verhandlungen fünf Mitglieder der Landesversammlung hinzuzuziehen.

Kleine politische Nachrichten.

Nach der „D. Allg. Ztg.“ beabsichtigt das schweizerische politische Departement die Ausweisung von Dr. Gelpi, Hand-Parvus aus dem Gebiete der Eidgenossenschaft.

Nach einer Meldung der „Voss. Ztg.“ soll der frühere Reichs- und Landtagsabgeordnete Kommerzienrat August Reikart in Schwabingen als Nachfolger des bisherigen Reichsminister Dr. Mayer in Aussicht genommen sein.

Nach dem „B. L.“ wird das Besoldungsausschuss für die Beamten trotz der Erkrankung des Ministers Erzberger intensiv bearbeitet, um bald zum Abschluß zu kommen.

Die „Voss. Ztg.“ erfährt, erklärte sich die belgische Regierung auf eine inoffizielle Anfrage mit der Entsendung des Abgeordneten Landsberg als deutscher Gesandter einverstanden.

Aus dem Saargebiet.

Wz. Saarbrücken, 28. Jan. Der Oberste Vertreter des Saargebietes Generalleutnant Wibel erläßt mit Wirkung vom 31. Januar 1920 eine Verfügung, nach der in Anbetracht der plötzlichen Volutschwankungen und den auch im Augenblick bestehenden Schwierigkeiten der Warenzufuhr, die in kürzester Zeit eine vollständige Erschöpfung aller den Bewohnern des Saargebietes unbedingt zum Leben erforderlichen Vorräte herbeiführen würden, der Verkauf gewisser Gegenstände in den Lebensmittelgeschäften nur an Personen gestattet ist, die sich auf Grund ihrer amtlichen Legitimationskarte oder eines anderen amtlichen Schriftstücks als Saarländer ausweisen oder die nachreisen, daß sie im Saargebiet wohnhaft sind oder einem rechtmäßigen Erwerb in demselben nachgehen, oder eine besondere Kauferlaubnis vorlegen. Es handelt sich um den Einkauf von Lebensmitteln, Haushaltsgegenständen oder solcher Gegenstände, die unbedingt zum notwendigen Lebensbedarf gehören, Bekleidungsgegenstände, Wäsche, Textilwaren und Schuhwaren.

Wz. Saarbrücken, 29. Jan. Offenbar im Zusammenhang mit der Verfügung des Obersten Vertreters des Saargebietes, nach der der Verkauf bestimmter Artikel von dem Besitz einer amtlichen Legitimation abhängig gemacht wird, trat gestern im Frankfurter Geschäft eine Panik ein. Der Kurs des Kantens, der am 27. abends, bis auf 8.50 gestiegen war, sank im Lauf des gestrigen Nachmittags auf 5.10 M. und bis zum Abend auf 2.30 M. herab. Heute herrscht wieder größere Besonnenheit vor und der Frankens wird mit 5 M. vereinzelt bis zu 6 M. gehandelt.

Ein polnischer Hafen bei Danzig?

Wz. Warschau, 29. Jan. (Drahtbericht.) Man plant die Schaffung eines polnischen Hafens bei Danzig. Außerdem will die Regierung bei einem für Polen glücklichen Ausgang einen Erhafen in der Gegend von Danzig oder Dirschau anlegen lassen.

